



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission
vom: 16. Mai 2011
zur Vorlage Nr.: [2011-103](#)
Titel: **Postulat [2009/168](#) von Regula Meschberger: Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

zur Vorlage betreffend das Postulat [2009/168](#) von Regula Meschberger: Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols

Vom 16. Mai 2011

1. Das Postulat

In ihrem am 11. Juni 2009 eingereichten Postulat [2009/168](#) nahm Regula Meschberger Bezug auf die damals patrouillierende, selbst ernannte «Bürgerwehr» in Birsfelden. Sie verlangte, dass «der Kanton mit allen Mitteln dafür zu sorgen [habe], dass die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine staatliche Aufgabe bleibt». Das Postulat, vom Landrat am 20. Mai 2010 mit 40:34 Stimmen [überwiesen](#), forderte den Regierungsrat auf, «abzuklären, wie das staatliche Gewaltmonopol durchgesetzt werden kann und wie Aktionen von selbst ernannten 'Wächtern', die letztlich ein Sicherheitsrisiko bedeuten, unterbunden werden können.»

2. Die Vorlage des Regierungsrates

In der Vorlage vom 5. April 2011 betont der Regierungsrat, die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei und bleibe eine Kernaufgabe des Staates. Die Polizei verfüge im zivilen Bereich über das Gewaltmonopol, und nur sie sei nicht nur berechtigt, sondern unter Umständen auch verpflichtet, Zwangsmassnahmen anzuwenden. Privatpersonen sei es ausserhalb von Notwehr untersagt, Zwang und Gewalt gegen Dritte einzusetzen. Mitglieder von so genannten «Bürgerwehren» oder «Bürgerpatrouillen» verfügen über dieselben Rechte wie jede andere private Person.

Die Sicherheitsdirektion führte bei anderen Kantonen und Städten eine Umfrage zum Thema «Bürgerwehren» durch. Die Rückmeldungen zeigen, dass dieses Phänomen in der Schweiz bisher vereinzelt aufgetreten ist, dass aber «Bürgerwehren», trotz gelegentlichen Aufflackerns, keine wesentliche Bedeutung erlangt haben.

Die Ergebnisse repräsentativer Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung den Sicherheitsorganen vertraut und dass das Sicherheitsgefühl intakt ist.

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Postulat [2009/168](#) abzuschreiben. Für Details sei auf die Vorlage verwiesen.

3. Beratung in der Justiz- und Sicherheitskommission

3.1. Organisatorisches

Die Justiz- und Sicherheitskommission beriet das Geschäft in ihrer Sitzung vom 9. Mai 2011 im Beisein von Regierungsrätin Sabine Pegoraro und von Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitskommission.

3.2. Diskussion in der Kommission

Die Sicherheitsdirektion betonte, um das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen zu können, bedürften die kommunalen und kantonalen Sicherheitsbehörden keiner zusätzlichen Strategien, sondern vor allem der nötigen Ressourcen, besonders in personeller Hinsicht. Die Regierung und das Parlament seien gefordert, diese bereitzustellen.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und ihr Vertrauen in die Polizei seien intakt, und die Sicherheitslage sei ebenfalls gut. Es gelte, diese Anstrengungen weiterzuführen, damit das hohe Sicherheitsniveau in unserem Kanton erhalten bleibt und sogar verstärkt wird. Dadurch könne die Bildung von «Bürgerwehren» wohl am erfolgreichsten verhindert werden.

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten, und die Fraktionen konnten sich den Ausführungen des Regierungsrates anschliessen. Der Fall Birsfelden habe, auch wenn diese Vorfälle inzwischen kein Thema mehr seien, die Sensibilität deutlich erhöht, und deshalb seien die saubere Auslegeordnung und die klare Haltung des Regierungsrates zu begrüssen.

Es komme, so hiess es in der Diskussion, immer wieder vor, dass sich Private Kompetenzen anmassen, die ihnen nicht zustehen. Grund dafür sei eine direkte Betroffenheit und das Gefühl, der Staat helfe ihnen nicht genug. Diese Entwicklung müsse im Auge behalten werden.

Die Sicherheitsdirektion sicherte zu, dass seitens der Polizei das Gespräch mit den Gemeinden immer wieder gesucht werde. Die Runden Tische, die bisher in sieben Gemeinden eingerichtet worden sind, seien dafür ein sehr hilfreiches Instrument. Sie dienten der Früherkennung; darauf können die Dienstleistungen der Polizei und weiterer Behörden abgestimmt werden.

4. Antrag an den Landrat

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat einstimmig, das Postulat [2009/168](#) abzuschreiben.

Binningen, 16. Mai 2011

*Für die Justiz- und Sicherheitskommission:
Urs von Bidder, Präsident*